



economisesuisse

Newsletter 02/09



Finanzpolitische Vorsicht trotz Konjunkturprogrammen

Eine von economisesuisse in Auftrag gegebene Umfrage zeigt: Die Schweizer Bevölkerung begrüsst Programme zur Konjunkturförderung, glaubt aber gleichzeitig nicht daran, dass diese eine Rezession vermeiden können. Zudem mahnen die Befragten bei Konjunkturprogrammen zu finanzpolitischer Vorsicht. [mehr >](#)



Pascal Gentinetta
Direktor economisesuisse

Schutz der Privatsphäre hochhalten!

Werk- wie Finanzplatz haben ein Interesse daran, dass die Schweiz nicht auf „schwarze Listen“ gesetzt wird. Das ist auch nicht gerechtfertigt. Das Bankkundengeheimnis bietet bei kriminellen Handlungen schon heute keinen Schutz. Als Betrug gelten ausserhalb des Steuerrechts nicht nur falsche Unterlagen sondern auch arglistige Vorspiegelung von falschen Tatsachen. Hier könnte allenfalls Spielraum für eine Lösung bei begründetem Verdacht bestehen. Aber die Begehlichkeiten einzelner Steuerbehörden gehen deutlich weiter. Erwartet wird ein automatischer Informationsaustausch oder gar der direkte Einblick in Konti. Ein Verfahren, das zum gläsernen Bürger führt, ist nicht akzeptabel. Die Privatsphäre wäre nicht mehr gewahrt. Dies ist mit unserer Rechtskultur sowie mit unseren direktdemokratischen und föderalen Prinzipien nicht vereinbar. Das müssen Nationen mit übermächtigem Zentralstaat verstehen.

Im Klimaschutz das Richtige tun

Bis Ende 2012 ist das Kyoto-Protokoll in Kraft. Auf internationaler Ebene laufen die Verhandlungen für ein Nachfolgeprotokoll auf Hochtouren. In der Schweiz sollen Ziele und Massnahmen zur Emissionsreduktion bei der Revision des CO₂-Gesetzes festgelegt werden. Will die Schweiz das ambitionöse Ziel einer Emissionsreduktion um 20 Prozent bis 2020 erreichen, müssen die bewährten freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft vor kostspieligen und ineffizienten staatlichen Eingriffen weiterhin Vorrang haben. [mehr >](#)

Schweiz–China: Starkes Signal zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen

Das Wirtschafts- und Handelsforum Schweiz–China vom 26. Februar 2009 in Zürich bot über 250 schweizerischen und chinesischen Wirtschaftsvertretern eine Plattform, ihre Geschäftsbeziehungen zu vertiefen. Höhepunkte der Veranstaltung waren die Unterzeichnung eines Memorandums im Bereich der Umwelttechnologie sowie das Bekenntnis, die Vorbereitungen für ein bilaterales Freihandelsabkommen vorwärtszutreiben. [mehr >](#)

Grafik des Monats: Auch die AHV spürt die Finanzkrise

Personenfreizügigkeit aus Brüsseler Sicht

Das offizielle Brüssel hat das Abstimmungsergebnis über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen und sich wieder den drängenden Problemen einer Weltwirtschaftskrise zugewandt. Es mag uns erstaunen, dass das glanzvolle Ergebnis von fast 60 Prozent das übrige Europa bestenfalls zu einem erstaunten Hochziehen der Augenbrauen bewegen konnte. [mehr >](#)

Kolumne aus Brüssel: Energie „à la carte“ für Europa?

Reformprojekt Aufgabenüberprüfung: notwendiger denn je

economisesuisse vermisst den ursprünglichen Mut bei der Aufgabenüberprüfung. Im derzeitigen konjunkturellen Umfeld sind widersprüchliche finanzpolitische Signale zu vermeiden. Die langfristige Stabilität der Bundesfinanzen darf aber nicht vernachlässigt werden. [mehr >](#)

Schwerpunkte unserer Mitglieder: kmuNEXT

Das Gesundheitsabkommen mit der EU muss der Schweiz dienen

Anfang Februar hat die zweite Verhandlungsrunde über ein mögliches Gesundheitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU stattgefunden. economisesuisse unterstützt eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Ein Abkommen darf aber auf keinen Fall den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen, indem unnötige Regulierungen von der EU übernommen werden. [mehr >](#)

KMU-Portrait: Lolipop – süsse Oasen im Alltag

Meilenstein für die Wirtschaftsbeziehungen Schweiz–Japan

Als erstes europäisches Land konnte die Schweiz am 19. Februar 2009 ein Freihandelsabkommen mit Japan unterzeichnen. Die traditionell guten Wirtschaftsbeziehungen werden damit weiter vertieft. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das von grosser Bedeutung. [mehr >](#)

ICC Switzerland und UN Global Compact Swiss Network

Die Internationale Handelskammer (ICC) arbeitet eng mit der Initiative Global Compact der Vereinten Nationen (UNG) zusammen. ICC Switzerland führt den Focal Point des Schweizer Netzwerkes, zu dem aktuell 38 Schweizer Unternehmen gehören (davon 16 KMU). [mehr >](#)

Engere Wirtschaftsbeziehung zwischen der Schweiz und Saudi-Arabien

Saudi-Arabien hat das Image einer abgeschotteten Wirtschaft mit einem schwierigen Marktzugang für ausländische Unternehmen. Um dieses Bild zu korrigieren, reiste eine hochrangige Delegation aus dem Königreich Saudi-Arabien in die Schweiz. [mehr >](#)

Veranstaltungshinweis: Energy Pact vom 16. und 17. März in Genf

Wie kann der künftige Energiebedarf gedeckt werden, ohne dabei Umweltgedanken zu vernachlässigen oder wirtschaftliche Entwicklungen zu behindern? Dieser entscheidenden Frage geht die Energy Pact-Konferenz vom 16. und 17. März in Genf nach. [mehr >](#)

Ganzen Newsletter drucken (PDF, 17 Seiten, 551 KB)

Agenda

- 10.03. Verband Schweizer Unternehmerinnen VCHU: „Leadership Challenges of morgen – was lernen wir aus der aktuellen Wirtschaftsentwicklung?“ (PDF-Datei Programm und Anmeldeformular)
- 16.03. Medienkonferenz zur Studie Kartellrecht
- 02./03.04. Forum der Schweizer Aussenwirtschaft
- 06.04. Jahresmedienkonferenz economisesuisse
- 04.09. Tag der Wirtschaft

Publikationen

- > dossierpolitik: Mehr Sicherheit und Reisefreiheit dank biometrischer Pässe
- > Bankkundengeheimnis: keine Aufgabe der Privatsphäre - Rechtsstaatliche Kooperation statt einseitige Machtpolitik
- > Christoph Schaltegger neuer Leiter Finanzen & Steuern
- > Schweiz - China: Starkes Signal zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen
- > Trotz Konjunkturprogrammen finanzpolitische Vorsicht
- > Studie Wirtschaftsfrage und Konjunkturprogramme: die Sicht der Stimmberechtigten
- > Freihandelsabkommen Schweiz - Japan: Meilenstein für die Schweiz
- > Vorschau zur Frühjahrssession 2009
- > Rechtssicherheit zentral: economisesuisse zum problematischen Vorgehen bei der Einigung mit den US-Behörden
- > Dank dem Ja keine weitere Verunsicherung
- > Revision Energiegesetz und Energieverordnung
- > Änderung des Gentechnikgesetzes zur Verlängerung des GVO-Moratoriums in der Landwirtschaft
- > Aufgabenüberprüfung: Probleme lösen sich nicht von selbst
- > Massvolle Konjunkturstabilisierung à la Suisse



Finanzpolitische Vorsicht trotz Konjunkturprogrammen

10.03.2009 14:00

Eine von economisesuisse in Auftrag gegebene Umfrage zeigt: Die Schweizer Bevölkerung begrüsst Programme zur Konjunkturförderung, glaubt aber gleichzeitig nicht daran, dass diese eine Rezession vermeiden können. Zudem mahnen die Befragten bei Konjunkturprogrammen zu finanzpolitischer Vorsicht.



Aus Sicht der Bevölkerung verschlechtern sich die konjunkturellen Aussichten deutlich. Trotzdem glaubt eine Mehrheit der Stimmberechtigten, dass die Schweiz im Vergleich zum Ausland vom weltweiten Konjunkturereinbruch weniger betroffen ist. Noch bezeichnet eine Mehrheit von 50 Prozent der Befragten die aktuelle Wirtschaftslage als befriedigend.

Die repräsentative Umfrage vom Februar zeigt, dass Konjunkturprogramme in den Augen der Befragten befristet sein sollten. Sie sollten Arbeitsplätze sichern und die Wettbewerbschancen der Wirtschaft nachhaltig verbessern. Gleichzeitig müssen die Ausgabendisziplin erhalten und Steuererhöhungen vermieden werden. Diese hoch mehrheitsfähigen Positionen spiegeln die vom Bundesrat eingeleiteten Massnahmen. Auch die Wirtschaft begrüsst diese Stossrichtung.

Im Spannungsfeld der Konjunktur- und Finanzpolitik votieren die Stimmberechtigten für Vorsicht: Mehrausgaben müssen später wieder eingespart werden. Nachträgliche Steuererhöhungen, um die Konjunktur zu stabilisieren, kommen nicht in Frage. Auch die Akzeptanz von konjunkturpolitischen Einzelmassnahmen wurde abgefragt. Hohe Akzeptanz haben die Förderung von umweltfreundlichen Altbausanierungen, die Verbesserung der Bedingungen für die Exportwirtschaft oder die Entlastung von Familien sowie die Verlängerung der Kurzarbeit. Ebenfalls mehrheitsfähig ist die steuerliche Entlastung von Unternehmen. Nicht mehrheitsfähig ist hingegen eine Senkung der Mehrwertsteuer.

Weitere Informationen:

rudolf.minsch@economisesuisse.ch

 [Studie Wirtschaftslage und Konjunkturprogramme: die Sicht der Stimmberechtigten](#)

 [Abb. 1: Aussagen staatliche Massnahmen gegen Wirtschaftskrise](#)

 [Abb. 2: Einschätzung zukünftige allgemeine Wirtschaftslage](#)



Im Klimaschutz das Richtige tun

10.03.2009 14:00

Bis Ende 2012 ist das Kyoto-Protokoll in Kraft. Auf internationaler Ebene laufen die Verhandlungen für ein Nachfolgeprotokoll auf Hochtouren. In der Schweiz sollen Ziele und Massnahmen zur Emissionsreduktion bei der Revision des CO₂-Gesetzes festgelegt werden. Will die Schweiz das ambitionöse Ziel einer Emissionsreduktion um 20 Prozent bis 2020 erreichen, müssen die bewährten freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft vor kostspieligen und ineffizienten staatlichen Eingriffen weiterhin Vorrang haben.

Die Schweiz ist bezüglich Klimaschutz auf Zielkurs, wie dies mehrfach vom Bundesrat bestätigt wurde. Kernstück der erfolgreichen Klimapolitik sind die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft. Aufgrund der Mitte Februar vom Bund und der Stiftung Klimarappen abgeschlossenen Zusatzvereinbarung werden pro Jahr insgesamt 2,4 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen eingespart. Zusammen mit den Leistungen der Energie-Agentur der Wirtschaft und der Branchenvereinbarung der Zementindustrie wird nahezu die gesamte Reduktionsleistung der Schweiz von jährlich 4,1 Millionen Tonnen CO₂ bis ins Jahr 2012 von der Wirtschaft erbracht.

Die Wirtschaft setzt sich auch für den Zeitraum bis 2020 für einen aktiven Klimaschutz ein. Bedingung ist, dass die bisher sehr erfolgreiche Strategie weitergeführt wird, die den Massnahmen und Investitionen der Wirtschaft den Vorrang vor neuen staatlichen Massnahmen gibt. Unter diesen Voraussetzungen kann auch die politische Vorgabe des Bundesrats, die sich an den Zielen der EU orientiert, unterstützt werden. Die Ziele der EU sind jedoch noch längst nicht festgeschrieben und die im Januar 2009 von der EU-Kommission vorgeschlagene interne Lastenverteilung ist höchst umstritten. Ein direkter Vergleich mit der EU ist für die Schweiz ohnehin schwierig, da die Treibhausgasemissionen pro Einwohner und Einheit des Bruttoinlandprodukts nur rund halb so hoch sind wie im Durchschnitt der EU.

Das zu revidierende CO₂-Gesetz hat nur beschränkte Wirkung. Grund dafür sind diverse Massnahmen, die bereits in anderen Gesetzen und Erlassen umgesetzt werden, so beispielsweise im Gebäudebereich. Hinzu kommt der technische Fortschritt, insbesondere bei den Motorfahrzeugen und anderen technischen Anlagen. Bis 2020 würden die CO₂-Emissionen gemäss den Schätzungen des Bundes auch ohne CO₂-Gesetz um 13 Prozent gegenüber 1990 zurückgehen. Ein Reduktionsziel von minus 20 Prozent wäre daher mit grossen Anstrengungen erreichbar. Allerdings nur, wenn das Instrumentarium der freiwilligen Massnahmen beibehalten und erweitert wird. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass sich das UVEK vom bisherigen Erfolgskurs abwenden und kostspielige und die Wirtschaft behindernde Lösungen, wie etwa ein Pfand auf synthetische Gase, durchsetzen will. Ein Kurswechsel in der Klimapolitik wäre nicht nur für die Wirtschaft problematisch. Auch die Klimadiskussion würde schwieriger, wenn die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft eingestellt würden.

Weitere Informationen:

urs.naef@economiesuisse.ch

Schweiz–China: Starkes Signal zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen



10.03.2009 14:00

Das Wirtschafts- und Handelsforum Schweiz–China vom 26. Februar 2009 in Zürich bot über 250 schweizerischen und chinesischen Wirtschaftsvertretern eine Plattform, ihre Geschäftsbeziehungen zu vertiefen. Höhepunkte der Veranstaltung waren die Unterzeichnung eines Memorandums im Bereich der Umwelttechnologie sowie das Bekenntnis, die Vorbereitungen für ein bilaterales Freihandelsabkommen vorwärtszutreiben.

Bundesrätin Doris Leuthard und der chinesische Handelsminister Chen Deming unterzeichneten ein Memorandum of Understanding zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Umwelttechnologiebereich. China sieht sich aufgrund des starken Wirtschaftswachstums mit verschiedenen umweltpolitischen Herausforderungen konfrontiert. Für Schweizer Unternehmen ergeben sich dank ihres Know-hows im Bereich der Energieeffizienz und der Umwelttechnologien Kooperationsmöglichkeiten.

Regierungs- und Wirtschaftsvertreter beider Länder waren sich einig, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise nur gemeinsam bewältigt werden kann. Die Sicherung eines möglichst ungehinderten gegenseitigen Marktzugangs für Güter, Dienstleistungen und Investitionen sowie der Abbau noch bestehender Handelshemmnisse sind konkrete und wichtige Beiträge zur Bekämpfung der Krise. Vor diesem Hintergrund ist das Bekenntnis der offiziellen Vertreter der Schweiz und Chinas, in den nächsten Monaten gemeinsam die Aufnahme von Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen vorzubereiten, ein positives Zeichen. Gerold Bührer, Präsident von economiesuisse, hob die Vorteile und die grosse Bedeutung eines Freihandelsabkommens in seiner Ansprache hervor.

China ist einer der wichtigsten Wirtschaftspartner der Schweiz. Der Handel und die Direktinvestitionen wiesen in den letzten Jahren zweistellige Wachstumsraten auf. Ein weiteres Indiz für die guten und engen Wirtschaftsbeziehungen ist, dass verschiedene Schweizer Firmen mit chinesischen Geschäftspartnern im Rahmen des Wirtschafts- und Handelsforums Verträge unterzeichneten.

Weitere Informationen:

peter.flueckiger@economiesuisse.ch

Grafik des Monats: Auch die AHV spürt die Finanzkrise



10.03.2009 14:00

2008 zeigt für die AHV ein gemischtes Bild: Einem rekordhohen Umlageergebnis stand ein Rekordminus auf dem Ertrag der Anlagen gegenüber. Die Zukunft bereitet Sorge: Das Umlageergebnis wird rasch ins Minus rutschen und das Kapitalkonto kann die Liquidität der AHV ab 2020 nicht mehr sicherstellen.

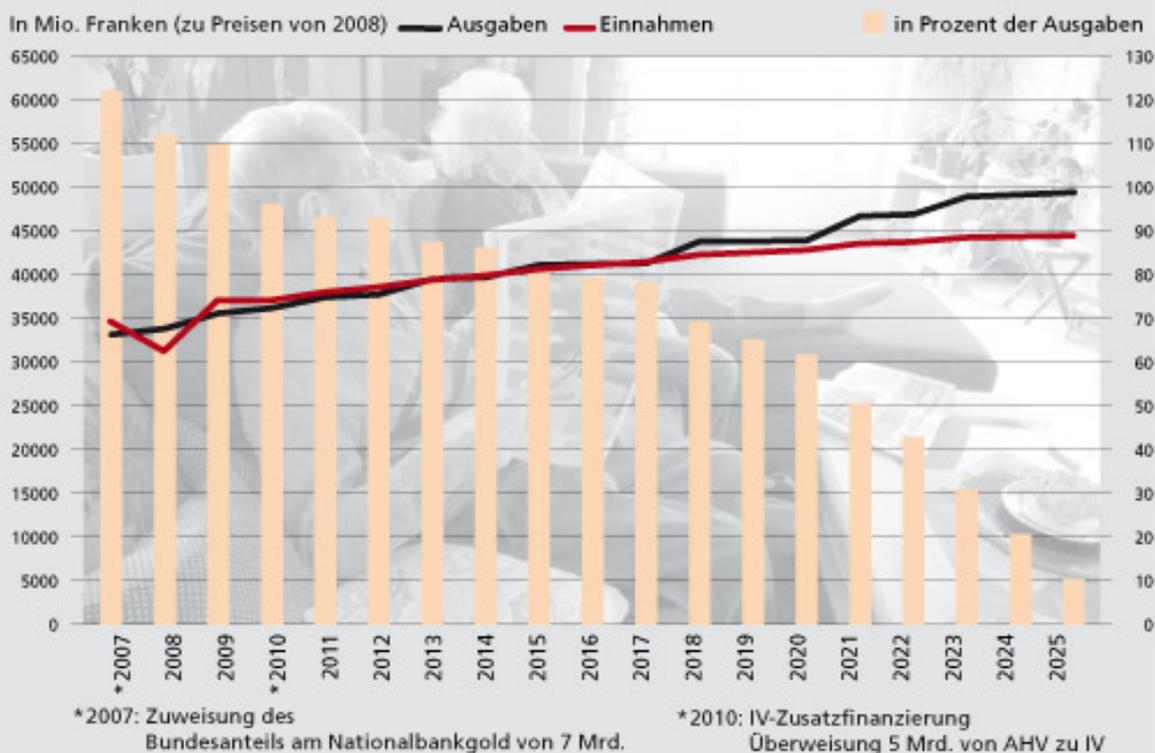
Noch nie war das Umlageergebnis so gut wie 2008: Dank kräftig sprudelnder Lohnbeiträge und hohen Mehrwertsteuereinnahmen konnte ein positives Umlageergebnis von 1,7 Milliarden Franken erzielt werden. 2007 betrug es mit 1,2 Milliarden Franken deutlich weniger. Dennoch muss die AHV-Rechnung für 2008 ein Minus von über 2 Milliarden Franken hinnehmen, weil die Finanzmarktkrise auch ein tiefes Loch in den AHV-Fonds riss. In den vergangenen Jahren waren noch beachtliche Anlageerträge erzielt worden. Die Zukunft sieht jedoch für beide Komponenten wenig rosig aus: Das Umlageergebnis wird ab 2011 negativ und mit schrumpfendem Kapitalkonto schwinden auch die Hoffnungen auf Kapitalerträge.

Neue Perspektivrechnungen

Das Bundesamt für Sozialversicherung hat die Perspektiven für den AHV-Finanzhaushalt im Januar dieses Jahres aktualisiert und dabei auch die Berechnungsgrundlagen angepasst. Das Positive: Die Beitragseinnahmen sind in der Vergangenheit stärker gewachsen als man bisher angenommen hatte. Damit liefert das BSV Erklärungen für die bis anhin zu pessimistischen Prognosen: Verantwortlich dafür ist einerseits die sehr gute Wirtschaftslage der letzten Jahre, andererseits die starke Zunahme der Wohnbevölkerung, die auf eine starke Zuwanderung zurückzuführen ist.

Entwicklung der AHV-Finzen bis 2025

Mittleres Szenario gemäss Beschluss Nationalrat (19.3.2008)



Die neusten Perspektivrechnungen vom Januar 2009 bestätigen, dass die AHV-Finanzierung nicht gesichert ist: Ab 2011 ist das Umlageergebnis (ohne Kapitalerträge) negativ, ab 2021 sinkt der Fondsstand unter die kritische Marke von 50 Prozent.

Alarmierende Zukunftsaussichten

Unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und den gewählten Prognose-Parametern bleiben die Perspektiven für die AHV düster: Selbst mit der im Nationalrat geschnürten 11. AHV-Revision wird im mittleren Szenario das Umlageergebnis ab 2011 negativ. Ab 2016 wird der AHV-Kapitalfonds nur noch 80 Prozent einer Jahresausgabe decken (siehe Grafik). Bedrohlich wird es ab 2021, wenn der Kapitalfonds die 50-Prozent-Marke unterschreitet. Dann ist auch die Liquidität zur Auszahlung der AHV-Renten nicht mehr vorhanden.

Es braucht eine Nachhaltigkeitsregel für die AHV

Noch kann die Politik handeln: Dazu muss der AHV-Fonds vom IV-Fonds entkoppelt werden. Auf der Basis einer transparenteren Ausgangslage braucht die AHV zudem eine Nachhaltigkeitsregel: Diese leitet automatisch die notwendigen Massnahmen ein, um Defizite und ein bedrohliches Absinken des Kapitalfonds zu verhindern. Je früher solche Korrekturen eingeleitet werden, umso weniger drastisch werden sie ausfallen und umso eher kann eine Liquiditätskrise bei der AHV verhindert werden.

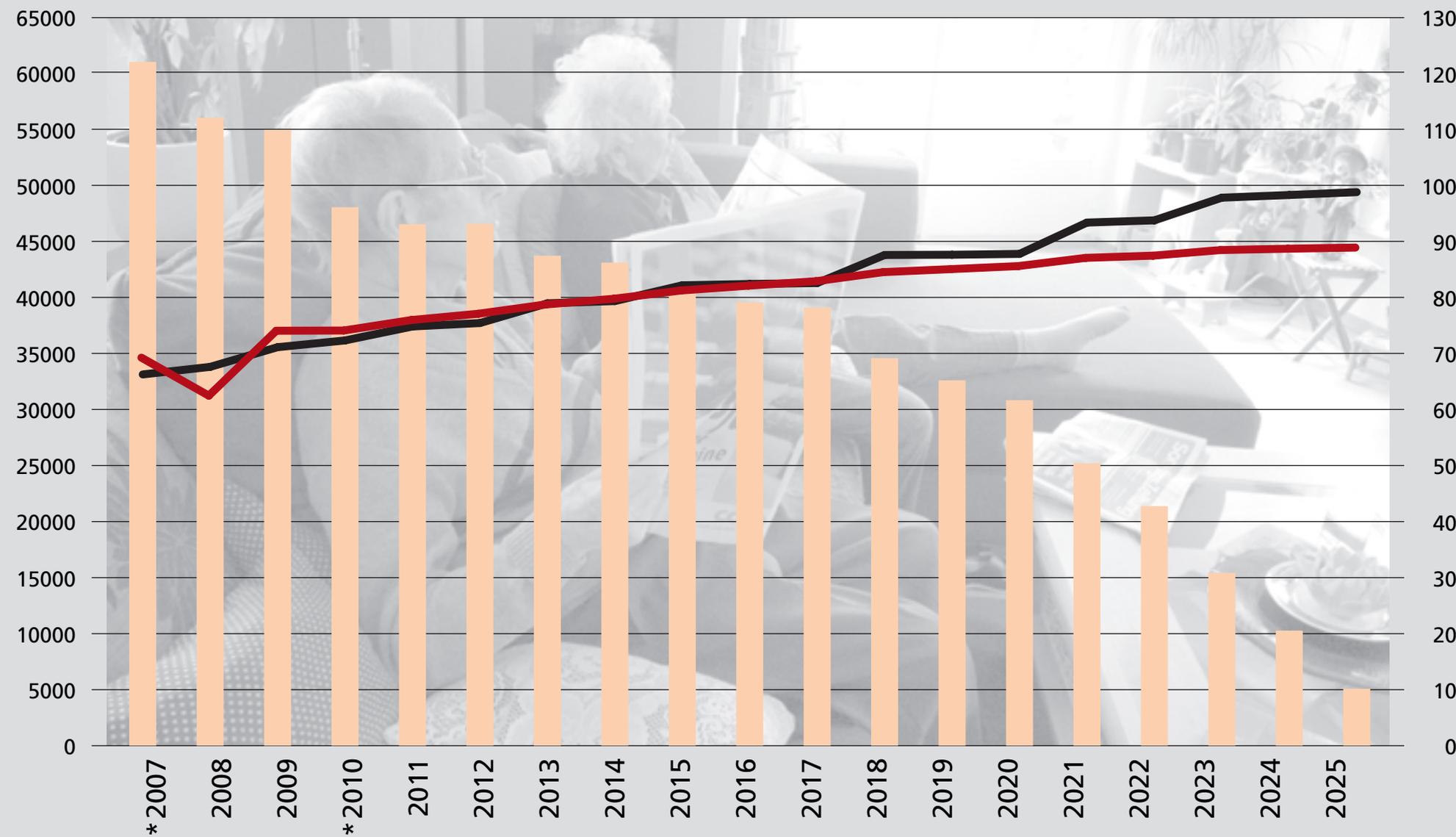
Weitere Informationen:

brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch

Entwicklung der AHV-Finanzen bis 2025

Mittleres Szenario gemäss Beschluss Nationalrat (19.3.2008)

In Mio. Franken (zu Preisen von 2008) — Ausgaben — Einnahmen in Prozent der Ausgaben



*2007: Zuweisung des Bundesanteils am Nationalbankgold von 7 Mrd.

*2010: IV-Zusatzfinanzierung
Überweisung 5 Mrd. von AHV zu IV

Die neusten Perspektivrechnungen vom Januar 2009 bestätigen, dass die AHV-Finanzierung nicht gesichert ist: Ab 2011 ist das Umlageergebnis (ohne Kapitalerträge) negativ, ab 2021 sinkt der Fondsstand unter die kritische Marke von 50 Prozent.

Personenfreizügigkeit aus Brüsseler Sicht



10.03.2009 14:00

Das offizielle Brüssel hat das Abstimmungsresultat über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen und sich wieder den drängenden Problemen einer Weltwirtschaftskrise zugewandt. Es mag uns erstaunen, dass das glanzvolle Ergebnis von fast 60 Prozent das übrige Europa bestenfalls zu einem erstaunten Hochziehen der Augenbrauen bewegen konnte.

Aus europäischer Sicht wurde die Diskussion in der Schweiz jedoch primär als interne Ausmarchung angesehen. Für Europa hat es zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die beiden neuen Mitgliedsländer nie eine Alternative gegeben und man hätte sich erst bei einem allfälligen Nein mit den Konsequenzen auf die Beziehungen zur Schweiz auseinandergesetzt. Trotzdem ist Brüssel erleichtert, im bisher bewährten Rahmen mit der Schweiz weiter arbeiten zu können. Das positive Abstimmungsergebnis hindert die verschiedenen Exponenten des politischen Europas im Übrigen aber nicht – und auch das war zu erwarten –, aus aktuellem Anlass die Schweiz als Sündenbock für verminderte Steuereinnahmen verantwortlich zu machen und so von eigenen, nationalen Problemen abzulenken.

In Bulgarien und Rumänien hingegen hat die Abstimmung vom 8. Februar einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Die offiziellen Stellen dieser beiden Staaten würden nun gerne mit der Schweiz engere Handelsbeziehungen aufbauen.

Weitere Informationen:

francois.baur@economiesuisse.ch

Kolumne aus Brüssel: Energie „à la carte“ für Europa?



10.03.2009 14:00

Das dritte Energiepaket der Europäischen Kommission (September 2007) steht derzeit im Mittelpunkt zäher Verhandlungen zwischen den europäischen Institutionen. Angesichts des Grabenkriegs zwischen den Europaparlamentariern und dem Rat sind die Chancen gering, dass der Text bis Mitte März 2009 – dem Ende des Mandats des amtierenden Parlaments – verabschiedet wird.

Ziel des Pakets ist, die letzten Hindernisse bei der völligen Liberalisierung des Gas- und Strommarkts in Europa aus dem Weg zu räumen. Langfristig sollen die Verbraucher von einer breiteren Palette an Energieanbietern und von attraktiveren Preisen profitieren. Nicht die ehrgeizigen Ziele geben Grund zu Meinungsverschiedenheiten, sondern die Wege, um diese zu erreichen, insbesondere die sogenannte „eigentumsrechtliche Entflechtung“. Der von Europaabgeordneten und Kommission vorbehaltlos unterstützte Vorschlag soll vertikal integrierte Unternehmen, die die Energie produzieren und gleichzeitig die Verteilernetze kontrollieren, entflechten. Damit sollen auch kleinere Produzenten Strom ins Netz einspeisen können.

Nach Interventionen von Frankreich und Deutschland hat der europäische Rat einen Kompromiss vorgeschlagen, wonach die ehemaligen Staatsmonopolisten das Eigentum an den Gas- und Stromnetzen behalten dürfen, aber einem externen Aufsichtsorgan unterstellt werden. Das Parlament hat diesem dritten Weg zugestimmt – allerdings nur für den Gasmarkt; für den Strommarkt bleibt das Parlament unnachgiebig. Diese beinahe unversöhnlichen Gegensätze lassen eine Einigung vor den Europawahlen wohl kaum zu.

Weitere Informationen:

matthieu.chavaz@economie.suisse.ch

Reformprojekt Aufgabenüberprüfung: notwendiger denn je



10.03.2009 14:00

economiesuisse vermisst den ursprünglichen Mut bei der Aufgabenüberprüfung. Im derzeitigen konjunkturellen Umfeld sind widersprüchliche finanzpolitische Signale zu vermeiden. Die langfristige Stabilität der Bundesfinanzen darf aber nicht vernachlässigt werden.

Mit den beiden Entlastungsprogrammen 03 und 04 wurde ein erster wichtiger Grundstein für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt gelegt. Langfristige Belastungen, namentlich im Bereich der Sozialversicherungen, gefährden aber das Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik. Vor diesem Hintergrund sollte eine umfassende Überprüfung der Bundesaufgaben auf Reform- und Abbaupotenzial durchgeführt werden.

Der Bundesrat verfolgt damit zwei Ziele: Erstens sollten die Ausgaben nicht schneller wachsen als die Wirtschaft, damit auch für künftige Herausforderungen finanzpolitischer Spielraum vorhanden ist. Zweitens sollten die Ausgaben und Aufgaben des Bundes auf der Basis von Prioritäten so gestrafft werden, dass Wachstum und Wohlstand am besten gefördert werden können. Um diese beiden Ziele zu erreichen, müssten bis ins Jahr 2012 Reformen mit einer Entlastungswirkung von insgesamt 2,4 Milliarden Franken durchgeführt werden.

Der Bundesrat hat nun entschieden, auf die Verabschiedung eines umfassenden Aktionsplans zu verzichten und stattdessen ein Vorgehen in mehreren Schritten zu wählen. Damit sollen die Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur auf jene der Aufgabenüberprüfung abgestimmt werden.

Die Wirtschaft erachtet den Entscheid des Bundesrats zwar als richtig und sinnvoll. So werden im aktuell schwierigen Umfeld keine widersprüchlichen Signale gesendet. economiesuisse fordert aber, dass nun ein Massnahmenbündel an Entscheiden für die Zeit nach der Krise beschlossen wird und dass der Bereich der Sozialversicherungen, welcher für eine nachhaltige Finanzpolitik die grösste Herausforderung darstellt, endlich mitberücksichtigt wird. Ansonsten droht sich der Verdrängungsprozess zulasten anderer Aufgaben wie Bildung und Verkehr weiter zu akzentuieren. Notwendig ist dieses Projekt auch deshalb, weil die Aussichten für die Bundesfinanzen bereits heute düster sind. Das Finanzdepartement erwartet für die Jahre 2010 bis 2012 Defizite von 1,8 bis 3,6 Milliarden Franken, die ohne Gegensteuer deutlich gegen die Vorgaben der Schuldenbremse verstossen würden. Ein Aushebeln der Schuldenbremse lehnt economie-suisse jedoch entschieden ab.

Weitere Informationen:

martin.weder@economiesuisse.ch



Schwerpunkte unserer Mitglieder: kmuNEXT

10.03.2009 14:00

99,7 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz sind KMU. Sie beschäftigen mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen und bilden rund drei Viertel der Lehrlinge aus. Ihr Bestand und ihre Arbeitsplätze sind jedoch zunehmend dadurch gefährdet, dass viele KMU den Generationenwechsel nicht schaffen. Einer der Hauptgründe ist das Fehlen von geeigneten Jungunternehmerinnen und Jungunternehmern für die Firmenübernahmen. Hier setzt die Vereinigung kmuNEXT an.

kmuNEXT wurde 2005 gegründet und hat sich inzwischen zur grössten Fördervereinigung für Unternehmensübertragungen und -akquisitionen entwickelt. Der Verein fördert verantwortungsvolles Unternehmertum in der Schweiz, insbesondere durch Unterstützung von Nachfolgeplanungen und Unternehmensübernahmen. Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der politischen, rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten. kmuNEXT ist eine privat finanzierte Initiative in Zusammenarbeit mit Institutionen der Wirtschaft, des Bundes und der kantonalen Wirtschaftsförderungen. Der Verein betreibt unter anderem den grössten Online-Marktplatz für Firmenübernahmen: www.nextmarket.ch. NEXTmarket ist eine grosse Inseratedatenbank, die Kontakte zwischen KMU-Besitzern und potenziellen Nachfolgern ermöglicht.

Ein weiteres Angebot des Vereins ist die Plattform www.nextcheck.ch, ein neuartiges Online-Tool zur Nachfolgeplanung. Auf einen Blick können dort Unternehmerinnen und Unternehmer erkennen, wie sie bezüglich betrieblicher Situation, Steuern, Notfallplanung und Unternehmensnachfolge für die Zukunft gerüstet sind.

www.kmunext.ch

www.nextmarket.ch

www.nextcheck.ch

Das Gesundheitsabkommen mit der EU muss der Schweiz dienen



10.03.2009 14:00

Anfang Februar hat die zweite Verhandlungsrunde über ein mögliches Gesundheitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU stattgefunden. economiesuisse unterstützt eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Ein Abkommen darf aber auf keinen Fall den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen, indem unnötige Regulierungen von der EU übernommen werden.

Die EU hat ein starkes Interesse an einem Gesundheitsabkommen mit der Schweiz. Die zentrale Lage und ihre internationale Ausrichtung machen die Schweiz zu einem wichtigen Partner bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten. Die EU will bei ihrer Epidemieprävention eine Sicherheitslücke mitten in Europa in Zukunft verhindern. Deshalb strebt die Gemeinschaft einen Anschluss der Schweiz an drei Schnell- und Frühwarnsysteme der EU an.

Auch die offizielle Schweiz zeigt Interesse an einem Gesundheitsabkommen mit ihrem wichtigsten Handelspartner. Die Schweiz erhofft sich durch ein solches Abkommen einen verbesserten Marktzugang, eine erhöhte Produkt- und Lebensmittelsicherheit sowie eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich öffentliche Gesundheit. Bei der Bekämpfung von seltenen Krankheiten macht eine engere Kooperation mit einem grossen Partner ebenfalls Sinn.

In vielen Bereichen geht es beim Gesundheitsabkommen um eine unproblematische Ausräumung von rechtlichen und regulatorischen Differenzen zwischen den beiden Verhandlungspartnern. Bei den Werberichtlinien sowie den Produktregulierungen herrschen jedoch so grosse Diskrepanzen, dass eine Angleichung an die EU der Schweiz ökonomischen Schaden zufügen würde:

- Bei der Übernahme von bestimmten EU-Produktrichtlinien könnten spezifische Produkte in der Schweiz nicht mehr hergestellt werden. Arbeitsplätze in der Schweiz wären dadurch gefährdet.
- Die föderalistische Struktur der Schweiz zeigt sich in kantonal unterschiedlichen Werbeverböten. Stülpt man die rigiden Werberichtlinien der EU darüber, so entstehen in der Schweiz die restriktivsten Werbeverbote in ganz Europa! Dies gilt es zu vermeiden.

Weitere Informationen:

fridolin.marty@economiesuisse.ch



KMU-Portrait: Lolipop – süsse Oasen im Alltag

10.03.2009 14:00

Seit über zehn Jahren betreibt Alexandra Bisaz die erfolgreiche Süswaren-Ladenkette Lolipop. Was in einem leerstehenden Lagerraum im Zürcher Niederdorf begann, ist heute ein Unternehmen mit 29 Geschäften und rund 100 Angestellten. Weitere Filialen sind in Planung.

Im süssen Universum von Lolipop gibt es alles, was das Herz begehrt: Lakritze, Gummibärchen, Marshmallows, saure Zungen und natürlich Lollies. Nirgends ist die Auswahl grösser. Die bunten Schleckwaren-Geschäfte laden dazu ein, in Kindheitserinnerungen zu schwelgen und den Alltag für einen Moment zu vergessen. „Das Leben ist schon ernst genug. Bei uns kann man sich für wenig Geld etwas Gutes tun“, erklärt Alexandra Bisaz, die Lolipop vor über zehn Jahren zusammen mit einer Freundin gegründet hat. Seither ist das Unternehmen kräftig gewachsen: 29 Geschäfte sind es in der Schweiz, zwei in Deutschland, dazu kommt ein Online-Shop. Und die Expansion geht weiter.



Einkäuferin, Architektin und Buchhalterin in einem

Über den Grund für ihren Erfolg gibt sich Alexandra Bisaz bescheiden: „Wir hatten einfach immer wieder Glück, waren zur richtigen Zeit am richtigen Ort.“ Beispielsweise als Bisaz genau zur richtigen Zeit zum Hörer griff und sich mit ihrem Anruf den letzten freien Laden im neuen Berner Bahnhof sicherte. Hinter dem Glück stecken aber auch viel harte Arbeit und viel Herzblut. Bisaz überlässt bei Lolipop nichts dem Zufall und legt überall selbst Hand an: Sie sucht neue Ladenlokale, baut sie selbst um, designt für ihre Geschäfte eigene Möbel, besucht Süswarenmesse in der ganzen Welt, organisiert den Einkauf, kontrolliert jede Rechnung und führt Statistiken. „Ich bin ein Kontroll-Freak“, gibt sie lachend zu. Ihr Managementwissen hat sich die gelernte Konditorin selbst angeeignet. Am Anfang hätten sie nicht einmal ein Budget gehabt, erzählt Bisaz. „Wir wollten nicht gross werden, sondern einfach nur unsere Rechnungen zahlen können und Spass haben.“ Spass hat Bisaz auch heute noch an ihren Schleckereien. „Wenn ein neues Produkt bei uns eintrifft, freue ich mich immer total und packe es selbst aus. Das ist Chefsache.“ Unterdessen lässt Lolipop sogar eigene Süssigkeiten der schrägen Art produzieren, beispielsweise Fruchtgummi-Silberfische mit echtem Silber.

Ans Aufhören denkt die sympathische Bündnerin, die Lolipop seit dem letzten Jahr alleine führt, nicht. Lolipop soll in der Schweiz und in Deutschland weiter wachsen, Frankreich und Italien könnten die nächsten Märkte sein. Die grösste Herausforderung ist für Bisaz, die richtigen Leute für ihre Läden zu finden. „Die Läden und die Süssigkeiten kann ich zur Verfügung stellen, das ist die Hardware“, erklärt Bisaz. „Meine Mitarbeitenden, das ist die Software. Da braucht es sehr viel Kommunikation und viel direkten Kontakt“, sagt die Geschäftsführerin und macht sich auf den Weg, um einen ihrer Läden zu besuchen.

Meilenstein für die Wirtschaftsbeziehungen Schweiz–Japan



10.03.2009 14:00

Als erstes europäisches Land konnte die Schweiz am 19. Februar 2009 ein Freihandelsabkommen mit Japan unterzeichnen. Die traditionell guten Wirtschaftsbeziehungen werden damit weiter vertieft. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das von grosser Bedeutung.

Die Exporte der Schweizer Wirtschaft nach Japan betragen im Jahr 2008 über sieben Milliarden Franken (3,3 Prozent aller Ausfuhren). Der Kapitalbestand der Schweizer Direktinvestitionen beläuft sich auf rund zwölf Milliarden Franken. Das Kaiserreich ist damit nach der EU und den USA der dritt wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz. Mit dem von Bundesrätin Leuthard in Tokyo unterzeichneten Abkommen über Freihandel und wirtschaftliche Partnerschaft (FHWP) werden diese guten Beziehungen weiter vertieft. Ein Schwergewicht bildet dabei der Abbau von noch bestehenden tarifären (es werden Zolleinsparungen von rund 100 Millionen Franken pro Jahr erwartet) und nichttarifären Handelshemmnissen. Das Abkommen regelt auch Fragen in den Bereichen Dienstleistungshandel, Direktinvestitionen, Handelserleichterungen und geistiges Eigentum. Zudem sind Bestimmungen über die Förderung engerer wirtschaftlicher Beziehungen unter Einbezug der Privatsektoren enthalten. Damit wird ein Instrument geschaffen, mit dem konkrete Anliegen von Firmen direkt im bilateralen Kontext angegangen werden können.

Das Abkommen stärkt die Position der Schweizer Wirtschaft in Japan, fördert den Handel und intensiviert auf diese Weise die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Partnern. Das ist besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, verbunden mit der weltweiten Zunahme protektionistischer Tendenzen, von grosser Bedeutung. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind stabile Rahmenbedingungen, die den gegenseitigen Marktzugang verbessern und allfällige Diskriminierungen verhindern oder aufheben, essenziell. Das Abkommen soll noch im Lauf des Jahres 2009 in Kraft treten.

Weitere Informationen:

peter.flueckiger@economiesuisse.ch

ICC Switzerland und UN Global Compact Swiss Network



10.03.2009 14:00

Die Internationale Handelskammer (ICC) arbeitet eng mit der Initiative Global Compact der Vereinten Nationen (UNGC) zusammen. ICC Switzerland führt den Focal Point des Schweizer Netzwerks, zu dem aktuell 38 Schweizer Unternehmen gehören (davon 16 KMU).

Der UNGC ist die weltweit umfassendste Initiative für unternehmerische Verantwortung. Er verlangt von den unterzeichnenden Unternehmen, innerhalb ihres Einflussbereichs zehn Prinzipien auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Arbeitsnormen, des Umweltschutzes sowie der Korruptionsbekämpfung anzuerkennen, zu unterstützen und kontinuierlich in die Praxis umzusetzen.

In Koordination mit dem lokalen Netzwerk hat sich vor mehr als zwei Jahren die „UN Global Compact Lernplattform für Schweizer Unternehmen“ gebildet, eine Initiative des Sustainability Forums Zürich und der Politischen Abteilung IV (Menschliche Sicherheit) des EDA. Die regelmässig stattfindenden, praxisorientierten Dialogveranstaltungen der Lernplattform fördern den Austausch von Wissen und Erfahrungen im Bereich Corporate Responsibility (CR) tragen dazu bei, Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bei der Integration von UNGC-Prinzipien und "Good CR-Practices" im Allgemeinen in die Geschäftstätigkeit zu identifizieren. Vertreter aus der Privatwirtschaft sowie Experten präsentieren dabei Fallbeispiele und Erkenntnisse, die im Anschluss kritisch-konstruktiv diskutiert werden.

Die nächste Veranstaltung der UNGC-Lernplattform zum Thema „Integriertes Supply Chain Management im Konsumgüterbereich (non-food)“ findet am 29. April in Pfäffikon SZ statt. Mehr Informationen zu dieser Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Weitere Informationen:

info@unglobalcompact.ch

thomas.pletscher@icc-switzerland.ch

Engere Wirtschaftsbeziehung zwischen der Schweiz und Saudi-Arabien



10.03.2009 14:00

Saudi-Arabien hat das Image einer abgeschotteten Wirtschaft mit einem schwierigen Marktzugang für ausländische Unternehmen. Um dieses Bild zu korrigieren, reiste eine hochrangige Delegation aus dem Königreich Saudi-Arabien in die Schweiz.

Unter der Leitung des Gouverneurs der Saudi Arabia General Investment Authority (SAGIA), Minister Amr A. Al-Dabbagh, besuchte eine hochrangige saudische Delegation im Februar die Schweiz. In einer Sitzung der gemischten Wirtschaftskommission zwischen der Schweiz und Saudi-Arabien wurden die Schwierigkeiten beim gegenseitigen Marktzugang diskutiert. Beide Seiten waren sich einig, dass sowohl die Exporte der Schweiz (1,5 Milliarden Franken im Jahr 2007) als auch die Direktinvestitionen von Schweizer Unternehmen im Königreich (148 Millionen Franken im Jahr 2007) weit unter den Möglichkeiten liegen. Die saudische Seite bemängelte, dass die Visaerteilung durch die Schweiz infolge des Schengenbeitritts wesentlich länger dauere und komplizierter geworden sei. Die bisher komplexe Visaerteilung für Saudi-Arabien soll daher künftig rascher, innert 24 Stunden erfolgen. Schliesslich wurden Abklärungen über die Aufnahme von Verhandlungen für ein Doppelbesteuerungsabkommen beschlossen.

Saudi-Arabien will die Zusammenarbeit mit der Schweiz in den Bereichen Geistiges Eigentum, Wasserversorgung, Umweltschutz, Elektrizität, Ausbildung und Transport vertiefen. Das Königreich wird in den kommenden zehn Jahren insgesamt 600 Milliarden Dollar in die Energieversorgung, das Transportwesen, die Ausbildung und in neue Wirtschaftszonen investieren.

Die Swiss Business Association Saudi Arabia (SBASA) wird Anfang Mai 2009 Saudi-Arabien mit einer Wirtschaftsdelegation bereisen. Zielgruppe für die Teilnahme an diesem Besuch sind Schweizer KMU.

Weitere Informationen:

jan.atteslander@economiesuisse.ch

Veranstaltungshinweis: Energy Pact vom 16. und 17. März in Genf



10.03.2009 14:00

Wie kann der künftige Energiebedarf gedeckt werden, ohne dabei Umweltgedanken zu vernachlässigen oder wirtschaftliche Entwicklungen zu behindern? Dieser entscheidenden Frage geht die Energy Pact-Konferenz vom 16. und 17. März in Genf nach.

Fragen der nachhaltigen Energiegewinnung werden in den kommenden Jahren immer bedeutender. Es besteht die wirtschaftliche Notwendigkeit, genügend Energie zu erzeugen, um den steigenden Bedarf zu decken. Bei der Suche nach Lösungen gilt es, bestehende Einschränkungen wie schwindende Reserven bei den fossilen Energieträgern oder Anliegen des Umweltschutzes zu berücksichtigen. Unter dem Vorsitz des deutschen Alt-Bundeskanzlers Gerhard Schröder diskutieren namhafte Persönlichkeiten wie die Erdölminister von Saudi-Arabien und dem Iran, der Präsident des Club of Rome und Bertrand Piccard über mögliche Lösungsansätze. Organisiert wird die Konferenz durch die 2007 gegründete Stiftung Energy Pact.

Die Teilnahme an der Energy Pact-Konferenz ist kostenlos. Anmeldungen sind noch bis 9. März 2009 unter folgendem [Link](#) möglich. Geben Sie bitte an, von Pierre-Alain Avoyer eingeladen zu sein.

Weitere Informationen:

www.energypact.org